

### **TOP 3) Arbeit des Kreisjugendrings in Hohenbrunn; Vorstellung des Kreisjugendrings und Beschluss über die künftige Personalausstattung**

Beschlussvorlage/ Sachverhalt (gekürzt):

Der Kreisjugendring München-Land ist in Hohenbrunn mit folgenden Projekten beauftragt:

- (1) Offene Jugendarbeit
- (2) Gebundene Ganztageschule
- (3) Jugendsozialarbeit an Schulen
- (4) Ferienbetreuung für die Grundschulen (Ferieninsel)
- (5) Mobile Jugendarbeit, gemeindeübergreifend

In der Gemeinderatssitzung stellten die Mitarbeiter des Kreisjugendrings ihre jeweiligen Tätigkeitsfelder vor. Zudem berichteten sie über die aktuelle Personalsituation und die künftigen Personalanforderungen. Die Personalausstattung soll um eine Stelle aufgestockt werden.

Diskussion im Gemeinderat:

#### **(1) Offene Jugendarbeit**

Von den ursprünglich 2 geschaffenen Jugendtreffs (in Riemerling und Hohenbrunn) existiert heute noch der Jugendtreff in Hohenbrunn. Der Jugendtreff in Riemerling wurde ohne Anpassung der Personalausstattung eingestellt, die Räumlichkeiten in Riemerling dem TSV zur Verfügung gestellt. Die fehlende Akzeptanz dieser Einrichtung mag auch am Angebot des KJR für die Jugendlichen liegen. Dies konnte in der Sitzung nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

#### **(2) Gebundene Ganztageschule und Jugendsozialarbeit an der Grundschule**

„Unter dem Begriff der „Ganztageschule“ (GGs) werden in Bayern Schulen verstanden, bei denen über den vormittäglichen Unterricht hinaus an mindestens vier Tagen in der Woche ein ganztägiges Angebot für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt wird, das täglich mehr als sieben Zeitstunden umfasst [...]“.Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.“

Dieser Bereich kann in Verbindung mit der Jugendsozialarbeit als Schwerpunkt des KJR in unserer Gemeinde angesehen werden. Hier liegt auch mit künftig 3 Stellen personell der größte Bedarf des KJR. Gerade die gebundene Ganztageschule kann von der Grundschule allein nicht geleistet werden. In unserer Grundschule gibt es aktuell 4 Ganztagesklassen, die Montag bis Donnerstag bis 16 Uhr betreut werden und am Freitag bis 14 Uhr. Der KJR unterstützt die GGs ganztägig durch Angebote wie Maßnahmen zur individuellen Förderung der Kinder, Intensivierungs- und Lerneinheiten der SchülerInnen, Durchführung von Sozialkompetenztrainings, Streitschlichtungs- und Konfliktlösungsprojekten, der Betreuung der Kinder während des Mittagessens und der Pausen sowie teilweise Durchführung von Aktivitäten am Nachmittag. Insbesondere die

Betreuung der Kinder am Nachmittag lässt sich nur durch die Unterstützung mehrerer Partner leisten, wie dem Förderverein der Grundschule Hohenbrunn e.V., der dank der Spenden der Eltern einen Großteil der Nachmittagskurse organisiert und finanziert.

### (3) Ferienbetreuung für die Grundschulen (Ferieninsel)

Die Sozialpädagoginnen des KJR betreuen an 7 Wochen die Grundschul Kinder in den Ferien mit verschiedensten Freizeitangeboten. Bisher wurde die Ferieninsel weitestgehend auf dem Gelände der Riemerlinger Grundschule durchgeführt. Wie dies künftig mit dem Neubau der Mittelschule vereinbar ist, gilt es noch zu klären.

### (4) Mobile Jugendarbeit, gemeindeübergreifend

Hierunter ist die aufsuchende Jugendarbeit zu verstehen. Eine Darstellung zu den Tätigkeiten in diesem Bereich erfolgte nicht. Diese Stelle ist zwar budgetiert, zurzeit jedoch vakant.

Die Fragen und Diskussionen zu diesem Tagesordnungspunkt nahmen einen großen zeitlichen Anteil der Gemeinderatssitzung ein. Dies belegt sicherlich auch den Stellenwert dieses Themas. Der Bericht des KJR belegte jedoch, dass der KJR seinen Tätigkeitsschwerpunkt in den Feldern GGS und JSA sieht. Die für diese Bereiche notwendigen Optimierungsschwerpunkte, wie zur Verfügungstellung von Räumen, Raum- und Spielausstattung sowie Zeit/Ressourcen können auch mit Zusage der Personalaufstockung nur bedingt erfüllt werden.

Bürgermeister und Verwaltung beantworteten unsere Anfrage hinsichtlich der Erfüllung dieser Anforderungen nicht. Ebenso wurde aus dem Bericht des KJR wie auch den Äußerungen des Bürgermeisters nicht ersichtlich, wie der Bereich der Jugendarbeit so gestaltet und verstärkt werden kann, dass unsere einheimischen Jugendlichen, wie auch die in unserer Gemeinde lebenden jugendlichen Migranten, auf Basis der offenen und/oder mobilen Jugendarbeit betreut und integriert werden können.

Der Gemeinderat beschloss mit deutlicher Mehrheit den vorgestellten Personalbedarf und stellt mit diesem Beschluss die Mittel für diese Stellen zur Verfügung. Leider versäumte es die Verwaltung, die damit verbundenen Ausgaben zu beziffern, so dass der für Anträge notwendige Deckungsvorschlag nicht bekannt ist.

### **TOP 5) Anschaffung Funkauslösesystem Wasserzähler**

Beschlussvorlage/ Sachverhalt (gekürzt):

Im Haushaltsplan sind 30 TSEuro für die Anschaffung eines Funkauslösesystems (Wasserzähler) mit zu Beginn 300 Funkmodulen geplant. Die Zustimmung ist mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates und dem Vorhandensein einer Datenschnittstelle zum Abrechnungsprogramm versehen.

Es gibt bei diesem Vorhaben auch einen datenschutzrechtlichen Aspekt zu beachten: Laut Verwaltung besteht das Risiko, des „gläsernen Bürger“ jedoch nicht. Mit der Fernauslesung werden nur der aktuelle Zählerstand sowie der Stand zum Letzten des Vormonats übermittelt.

Verbrauchskurven, die zum Beispiel Rückschlüsse über die Lebensgewohnheiten gestatten, werden nicht übermittelt.

Laut dem Betriebsleiter des Wasserwerkes ist auch der gesundheitliche Aspekt zu vernachlässigen, da die Wasserzähler den einschlägigen nationalen und internationalen Vorschriften und Normen entsprechen.

Es ist vorgesehen, die Wasserzähler mit eigenem Personal auszuwechseln. Die Mitarbeiter des Wasserwerkes können die Daten auslesen.

Diskussion im Gemeinderat:

Es gibt bisher keine Gemeinden im Landkreis München, die diese Technik einsetzen. Insgesamt sind die Geräte bereits ca. 4-5 Jahre im Markt.

Die Zähler sind nur für die Bürger in der Gemeinde gedacht, die Hohenbrunner Wasser beziehen.

Bei der Überlegung, ob diese Technik eingebaut wird, liegen die Vorteile lt. zuständigem Sachbearbeiter beim Einsatz in der Wirtschaftlichkeit sowie in der Personaleinsparung. Zur Verfahrenssicherheit konnte die Verwaltung sich nicht äußern.

Die Idee, bzw. der Vorschlag aus dem Gemeinderatsgremium war, die Erfahrungen des Geräteeinsatzes aus anderen Gemeinden zu erfahren.

Es gab aus der Sitzung heraus den Antrag, die Entscheidung Pro oder Kontra für die Anschaffung des Wasserzählers zu verschieben, mit der Begründung, erst weitere Erfahrungen zu sammeln und zusätzliche Informationen einzuholen.

Abstimmung 16:2

## **Top 7) Ortsumfahrung Putzbrunn**

Sachverhalt:

Während einer gemeinsamen Sitzung der Bauausschüsse der Gemeinden Hohenbrunn und Putzbrunn, am 15. Januar 2015, wurde der Wunsch der Gemeinde Putzbrunn noch einmal an die Gemeinde Hohenbrunn herangetragen, die Variante C2 der Ortsumfahrung Putzbrunn zu beraten und zu entscheiden. Bei dieser Sitzung im Januar hat GR Josef Maier (CSU) den Vorschlag der Verlängerung der Ottostraße ins Spiel gebracht, um so möglicherweise einen Ausgleich hinsichtlich der Entscheidung bei der Ortsumfahrung Putzbrunn herbeizuführen.

Laut des Schreibens des Putzbrunner Bürgermeisters Edwin Klostermeier, hat die Gemeinde Putzbrunn zwischenzeitlich, wie zugesagt, über die Thematik der „Verlängerung der Ottostrasse“ beraten und die Verwaltung beauftragt, folgenden Mehrheitsbeschluss dem Hohenbrunner Bürgermeister Dr. Straßmair mitzuteilen: „Der Gemeinde Hohenbrunn ist ein positives Signal zu einer möglichen Idee einer Verlängerung der Ottostraße zu geben“.

Diskussion im Gemeinderat:

Josef Maier von der CSU war bei der Sitzung nicht anwesend und so konnte oder wollte von der CSU niemand auf den geäußerten Vorschlag der Verlängerung der Ottostraße eingehen. Bürgermeister Straßmair verwies auf den bereits bestehenden Beschluss hinsichtlich der Variante C2 der geplanten Ortsumfahrung. Laut Meinung des Bürgerforums ist es hier angebracht, auf die Fragestellung im Schreiben des Putzbrunner Bürgermeisters einzugehen. Unabhängig von Sinn oder Unsinn des geäußerten Vorschlags von Herrn Maier, bzw. der CSU. Die Fragestellung des Putzbrunner Bürgermeisters ignorierend, fand der Vorschlag von Herrn Straßmair die Mehrheit, Putzbrunn dahingehend zu antworten, dass aus Sicht der Gemeinde Hohenbrunn keine Änderungen zum letzten Beschluss vorliegen und die Trassenführung über Hohenbrunner Gebiet weiterhin abgelehnt wird.

### **TOP 9) Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA**

Laut Antrag der „Grünen“ wird der Bürgermeister beauftragt, unter anderem dem Europäischen Parlament, der Bundeskanzlerin sowie dem Bundeswirtschaftsministerium die ablehnende Haltung des Gemeinderats Hohenbrunn gegenüber dem Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA zum Ausdruck zu bringen.

Bei der Diskussion um TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), dem derzeit verhandelten Investitionsabkommen zwischen EU und USA, sind einerseits Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, andererseits europäische Werte bis hin zur kommunalen Daseinsvorsorge betroffen.

Einig sind sich Gegner und Befürworter deutschlandweit, dass Zölle gesenkt und technische Normen vereinheitlicht werden. Unterschiede in der Betrachtung liegen unter anderem darin, dass die deutsche, bzw. bayerische Wirtschaft (12 Prozent der bayerischen Ausfuhren gehen in die USA), betroffen ist, andererseits Teile der kommunalen Daseinsvorsorge, wie etwa die Wasserversorgung unter dieses Abkommen fallen.

Vor allem die Kommunen beklagen (auch aus Sicht des Bürgerforums zurecht), dass ihnen durch TTIP Freiheiten genommen, Standards vorgesetzt, Rechte beschränkt werden, in Bereichen wo alle Bürger vor Ort direkt betroffen sind, z.B. im Umweltschutz, Verbraucherschutz, Tierschutz und somit auch in der heimischen Landwirtschaft.

Das Bürgerforum hat dem Antrag der Grünen nicht zugestimmt, da er wenig zielführend und nicht umsetzbar ist. Es gibt hierfür Dachorganisationen und -verbände, die sich diesem Thema annehmen und Ihre Einschätzungen, bzw. Expertisen deutlich adressieren. Unter anderem gibt es bereits ein gemeinsames Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband der kommunalen Unternehmen, die sich in aller Ausführlichkeit mit diesem Thema beschäftigen und auf die wesentlichen und auch für das Bürgerforum kritischen Aspekte hinweisen:

1. Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge
2. Das öffentliche Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht soll nicht über das europäische Vergabe- und Konzessionspaket hinausgehen

3. Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit (z.B. Investorenschutz)
4. Umwelt- und Verbraucherschutz nicht beschneiden oder abbauen
5. Mehr Transparenz und bessere Einbindung kommunaler Vertretergruppen

Der Antrag wurde von der Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt